

Sri Lanka

Krieg vorbei und doch kein Frieden



Vor zwei Jahren haben die Regierungstruppen Sri Lankas die Rebellenbewegung Tamilische Tiger (LTTE) vernichtend geschlagen. Dennoch herrscht heute nach dem Ende des jahrzehntelangen Bürgerkriegs immer noch kein Frieden. Das Klima im Land ist nach wie vor von Angst und rassistischen Vorurteilen zwischen der singhalesischen Mehrheit und der tamilischen Minderheit geprägt. Die politische Führung schürt die Ängste und die Spaltung der Menschen und nutzt sie für ihre Zwecke. Sie setzt nach wie vor auf Militarisierung und Ausgrenzung.

Anfang 2010 wurde der amtierende Präsident Rajapakse, der den harten militaristischen Kurs gegen die LTTE mit zu verantworten hatte, wiedergewählt. Unabhängige Beobachter haben bei der Wahl über 1000 »Unregelmäßigkeiten« verzeichnet, inklusive Einschüchterungen und Gewalt. Nach dem Wahlsieg ließ der Präsident erst einmal seinen Herausforderer einsperren. Nach einem fragwürdigen Korruptionsprozess sitzt dieser noch heute hinter Gittern.

Ebenso ist es immer noch Normalität in Sri Lanka, dass unabhängige Gewerkschafter, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten eingeschüchert und eingesperrt oder sogar entführt oder getötet werden. So werden unabhängige Gewerkschafter immer wieder öffentlich als vom Ausland gesteuerte Nestbeschmutzer, Unruhestifter und Familien-

freunde denunziert – sehr gefährlich für die Betroffenen in einem nationalistisch aufgeladenen Klima. »Terrorabwehr«-Gesetze machen den Menschen das Leben schwer und führen immer wieder dazu, dass unliebsame oppositionelle Kräfte ausgeschaltet werden.

Dieser Unfriede beeinträchtigt auch die konkreten Lebensbedingungen der Arbeiterinnen und die freie gewerkschaftliche Betätigung, sowohl in den Fabriken der Freihand-



Das Projekt **ExCHAINS** zielt darauf, Verbindungen zwischen Arbeiterinnen des Einzelhandels sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie aus Europa und Asien herzustellen, die entlang der globalen Zulieferkette arbeiten. Diese Verbindungen sind für den weltweiten Kampf gegen Ausbeutung und Armut in dieser Industrie überlebenswichtig.

Im Projekt **ExCHAINS** arbeitet TIE (Transnationals Information Exchange) bislang mit drei regionalen Gewerkschaften zusammen:

- ✓ Free Trade Zones and General Services Employees Union (FTZ&GSEU, Sri Lanka) (ehemalige Free Trade Zones Workers Union, FTZWU)
- ✓ National Garment Workers Federation (NGWF, Bangladesch)
- ✓ ver.di (Deutschland)

Wir wollen:

- ✓ ein Bewusstsein über die internationale Zulieferkette im Bekleidungs-, Textil- und Einzelhandelssektor aufbauen;
- ✓ konkrete Solidarität zwischen den Arbeiterinnen entlang der Zulieferkette schaffen;
- ✓ die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation fördern;
- ✓ konkrete Kampagnen unterstützen;
- ✓ Druck auf die großen Einzelhandelsunternehmen ausüben, ihre Zulieferer zu nennen und dort auf das Recht auf gewerkschaftliche Organisation zu drängen.

Bestandteil des kontinuierlichen Informationsaustauschs soll dieser Newsletter sein, der in Bangladesch, Sri Lanka und Deutschland regelmäßig erscheint und von den Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Ländern sowie von aktuellen Kampagnen berichtet. Wir hoffen, dass dies dazu beitragen wird, ein Bewusstsein von den Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Ländern aufzubauen und die Forderungen der Arbeiterinnen zu bündeln.

Weitere Informationen:

im Internet:

www.exchains.verdi.de
www.tie-germany.org

per E-mail:

info@tie-germany.org
ftzunion@wow.lk
amin.ngwf@yahoo.com

delszonen in den Küstengebieten als auch in den Teeplantagen im Bergland in der Mitte der Insel. Immer wieder bietet das angespannte Klima im Lande scheinbar eine Rechtfertigung, an den Beschäftigtenrechten zu rütteln. Soziale Unruhen landen schnell in der Terrorismus-Schublade. Drastische Bestrafungen für ArbeiterInnen, die

sich lediglich für ihre Rechte eingesetzt haben, sind die Folge und haben eine abschreckende Signalwirkung. Einschüchterung, Angst und Unterdrückung werden so weiter verstärkt. In Sri Lanka muss Mut haben, wer sich gewerkschaftlich organisieren, für seine Rechte als Beschäftigte/r eintreten oder andere dabei unterstützen will.



GSP+ weg – Arbeitsplätze in Gefahr



Sri Lankas Exportfabriken haben aufgrund der nationalistischen Politik der Regierung den privilegierten Zugang (GSP+) zum europäischen Markt verloren. Die Regierung hatte die Verlängerung dieses Zugangs 2008 bei der EU beantragt. Als sich dann allerdings eine Delegation von EU-Inspektoren ein Bild von der menschenrechtlichen Lage im Land machen wollte, verbat sich die Regierung brüsk diese »Einmischung in Sri Lankas innere Angelegenheiten« und ließ die Delegation nicht einreisen. Seit August 2010 ist der EU-GSP+-Status für Sri Lanka also ausgesetzt – so lange, bis die Regierung bereit ist, die arbeits- und menschenrechtliche Lage im Land einer Überprüfung zu öffnen.



Exportfabriken zu sichern. Dafür werden sie von der Regierung als Vaterlandsverräter gebrandmarkt, z.B. durch den Präsidenten persönlich in einer öffentlichen Rede im Dezember 2010, über die in allen Zeitungen ausführlich berichtet wurde. Die Regierung gibt sich unbeeindruckt: die sri-lankische Exportwirtschaft sei gut aufgestellt und damit auf einen vorteilhaften EU-Einfuhrstatus nicht angewiesen. Dass man den Unterneh-

men gleichzeitig gestattet, die Löhne mit dem Argument zu drücken, man sei sonst »global nicht wettbewerbsfähig«, scheint die Regierung nicht als Widerspruch zu empfinden.

Im Bezug auf die USA könnte Sri Lanka übrigens dasselbe Schicksal erleiden: Der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO hat die US-Behörden dazu aufgefordert, die Beibehaltung des aktuellen privilegierten Marktzuganges ebenfalls an die arbeits- und menschenrechtliche Situation im Land zu knüpfen und diese zu prüfen.

GSP+

Nach dem verheerenden Tsunami von 2004 hat die Europäische Kommission, um den Wiederaufbau in Sri Lanka zu unterstützen, dem Land den so genannten »GSP+«-Status eingeräumt. Das bedeutet, dass das Land seine Exportprodukte zu sehr günstigen Konditionen in die EU einführen konnte, z.B. völlige Zollfreiheit.

GSP+ wird aber nur Ländern eingeräumt, die *nachweislich* auf Menschenrechte, Sozialstandards, Umweltschutz und die so genannte »gute Regierungsführung« achten. Sie müssen also bereit sein, die Situation im Land ggf. auch von unabhängigen Inspektoren überprüfen zu lassen.

Renten ja, Enteignung nein !



Für eine gerechte Rente kämpfen in einer aktuellen Kampagne 26 Gewerkschaften des öffentlichen und des privaten Sektors, die sich zum Bündnis *Joint Trade Union Alliance* (JTUA) zusammengeschlossen haben, gemeinsam mit Beschäftigtenorganisationen wie dem *Women's Centre*. Ihr Widerstand richtet sich gegen einen Gesetzentwurf, den die Regierung am 8. April 2011 ins Parlament eingebracht hat. Der Entwurf sieht vor, dass alle Beschäftigten gezwungen werden, Teile ihres Lohns in einen Rentenfonds einzuzahlen, ohne dass sie damit verlässliche Ansprüche erwerben. So sollen sie erst nach 10 Jahren Einzahlung überhaupt Anspruch auf Leistungen aus dem Fonds haben. Wie hoch diese dann sein werden, ist unklar. Und wenn der/die Beschäftigte stirbt, gehen Angehörige meist leer aus: Ehefrauen/-männer und Verwandte erhalten nichts. Minderjährige oder behinderte eigene Kinder erhalten 60 % der Ansprüche des Beschäftigten ausgezahlt. Beschäftigtenvertreter wurden zum Gesetzentwurf gar nicht erst um ihre Meinung gefragt.

Dieses Vorgehen des Gesetzgebers empfanden die meisten Beschäftigten als Enteignung eines Teils ihrer Löhne und wehrten sich dagegen. Das Bündnis um die JTUA organisierte im April und Mai eine ganze Reihe von Aktionen, z.B. ein öffentliches Seminar und eine Arbeitsniederlegung mit Kundgebung. Die Gewerkschaften reichten beim Obersten Gericht eine Petition ein, den Gesetzentwurf als verfassungswidrig einzustufen.

Schließlich kam es am 24. Mai 2011 in der Freihandelszone (FTZ) Katunayake zu einer riesigen Streik- und Protestaktion, an der sich – historisch einmalig – ca. 30 000 Beschäftigte beteiligten (siehe Zeitungsausschnitt). Daraufhin traf sich der Arbeitsminister am 28. Mai in der FTZ mit betrieblichen Gewerkschaftsvertretern und

stimmte schließlich – nicht zum ersten Mal – zu, Beschäftigtenvertreter in die Neuformulierung des Gesetzentwurfs einzubeziehen, bevor dieser dem Parlament für die nächste Lesung vorgelegt werde.

Gleichzeitig aber verfolgten offensichtlich von der Regierung beauftragte Kräfte einen ganz anderen Weg: Sie hängten gefälschte Plakate auf, mit denen die Beschäftigten im Namen des Gewerkschaftsbündnisses JTUA dazu aufgefordert wurden, dem Gesetzentwurf für den geplanten Rentenfonds zuzustimmen. Darauf reagierten die Beschäftigten am 30. Mai mit erneuten Unruhen in der FTZ Katunayake. Diesmal schlug die Polizei gnadenlos zu. Sie drang in die Freihandelszone und in die dortigen Fabriken ein. Sie hinderte die Beschäftigten auch nach der Arbeit daran, die Fabriken zu verlassen, damit keine Informationen



über die Ereignisse nach draußen gelangen konnten.

Die Bilanz dieses Polizeieinsatzes:

- ✓ 270 verletzte Beschäftigte, 16 verletzte Polizisten;
- ✓ ca. 60 Beschäftigte so schwer verletzt, dass sie in Krankenhäuser eingeliefert werden mussten;
- ✓ der 22-jährige Roshen Chanaka erliegt trotz sofortiger Notoperation

am 1. Juni im Krankenhaus seinen Verletzungen;

- ✓ große Sachschäden in den Fabriken, das genaue Ausmaß ist noch unklar.

Die Regierung strafte vier Polizisten ab und wusch sich die Hände in Unschuld, indem sie versuchte, die Vorkommnisse allein mit polizeiinternem Fehlverhalten zu erklären. Sie entzog der Polizei die Verantwortung, in der FTZ Katunayake für »Ordnung« zu sorgen, und übergab diese dem Militär. Seitdem befürchteten die Beschäftigten, dass sie in Zukunft unter »Militäraufsicht« daran gehindert werden sollen, ihre Rechte auf kollektive Aktion wahrzunehmen.

Der Familie des getöteten Arbeiters wurde bis ins Detail vorgeschrieben, welche Zeremonien und Ansprachen auf seiner Beerdigung erlaubt sind – und welche nicht. Jeder Schritt der Familienmitglieder wurde bis zur Beerdigung überwacht. Gewerkschaftsvertretern wurde der Zutritt zur Beerdigung verwehrt. Alle Eingänge wurden von bewaffneten Militärs bewacht.

Schließlich verkündete die Regierung, sie wolle den Gesetzentwurf zum Rentenfonds in der aktuellen Form zurückziehen und über eine Neuformulierung beraten. Dies ist für die Beschäftigtenorganisationen zunächst eine gute Nachricht – auch wenn es schwer fällt, angesichts des Preises, der dafür bezahlt wurde, von »Erfolg« zu sprechen.

Das Gewerkschaftsbündnis fordert von der Regierung nun zweierlei:

- ✓ im Hinblick auf den Rentenfonds: Taten statt Worte ! Das Versprechen einer Beschäftigtenbeteiligung an der Ausgestaltung des Rentenfonds endlich wahr machen;
- ✓ im Hinblick auf die Folgen des katastrophalen Polizeieinsatzes gegen die Beschäftigten von Katunayake: Aufarbeiten, schützen, entschädi-

gen ! Die Ereignissen untersuchen und öffentlich darüber Rechenschaft ablegen; die Schuldigen zur Verantwortung ziehen; Beschäftigtenrechte in Katunayake sicherstellen; Verletzte entschädigen; Beschäftigte vor Repressionen am Arbeitsplatz in Folge der Ereignisse des 30. Mai

schützen; Unternehmen für Verluste durch Zerstörungen durch die Polizeiaktion entschädigen; Repressionen und Racheakte von Polizisten gegen Protestierende verhindern.

Erst die Zukunft wird zeigen, ob die Regierung wirklich bereit ist, die Be-

schäftigtenorganisationen mitreden zu lassen, wenn es um die Belange ihrer Mitglieder geht. Je mehr Beschäftigte die Gelegenheit bekommen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und aktiv zu sein, desto weniger wird sich die Regierung darum drücken können, deren Organisationen mit einzubeziehen.

Ein Lohn für ein Leben in Würde



Dürfen die Gewerkschaften mitreden, wenn es um die Löhne der Beschäftigten geht? Seit Jahren kämpft die FTZ&GSEU darum, in der Frage der jährlichen Anpassung der Mindestlöhne gehört zu werden. Sie fordert eine Anhebung der Löhne, die mit der Verteuerung Schritt hält und den Beschäftigten der Bekleidungs- und übrigen Fabriken in den Freihandelszonen die Existenz sichert und ein Leben in Würde ermöglicht.

Dabei ist ein Mitreden der Gewerkschaften eigentlich gar nicht vorgesehen. Die Regierungsbehörde BOI (*Board of Investment*) gibt jährlich eine Lohnempfehlung für die Unternehmen der sri-lankischen Freihandelszonen heraus. Die Beschäftigten können sich beim BOI beschweren, wenn sie weniger bezahlt bekommen. Allerdings haben es die Unternehmer stets geschafft, auf die Entscheidung des BOI Einfluss zu nehmen. Es bestehen zudem zahlreiche personelle und verwandtschaftliche Verflechtungen zwischen Regierung und Unternehmertum. Die FTZ&GSEU fordert daher einen gemeinsamen Prozess: Bei der Entscheidung über die Löhne sollen Unternehmen UND Gewerkschaften mit am Tisch sitzen.

Dies versucht die Gewerkschaft mit einer langfristig angelegten Kampagne durchzusetzen. Immerhin wird sie seit 2010 vom BOI zu gemeinsamen Gesprächen über die Lohnanpassungen eingeladen. Sowohl das BOI als auch der Arbeitsminister haben seitdem deutlich erhöhte Löhne versprochen, sind allerdings bislang die

Umsetzung schuldig geblieben. Unternehmen, die ihren Beschäftigten weit weniger zahlen, passiert gar nichts – außer dass sie keine ArbeiterInnen mehr finden. Für die sind die Bedingungen in den Fabriken der Freihandelszonen nämlich so unattraktiv, dass dort zur Zeit ca. 15 000 Stellen unbesetzt sind. Das stärkt allerdings die Verhandlungsmacht der Beschäftigten.

Die Kampagne der FTZ&GSEU beinhaltet vielfältige Aktionen der Beschäftigten zum Thema BOI-Mindestlohn. Dazu gehören Arbeitsniederlegungen und Kundgebungen. Anlässlich eines Protestes erschienen einmal Hunderte Beschäftigte in weißen Kleidern zur Arbeit (siehe

Berliner Stiftung Umverteilen eine Reihe von Bildungsveranstaltungen für eine größere Zahl von Beschäftigten durchführen, um die Basis der AktivistInnen zu verbreitern und diese zu stärken.

Der ganz große Durchbruch im jährlichen Geschacher um die Löhne ist bislang nicht gelungen. Im öffentlichen Sektor wird, den folgenlosen Versprechen des Arbeitsministers zum Trotz, immer noch fast doppelt soviel verdient wie in den Freihandelszonen. Dennoch hat die Gewerkschaft trotz der Klagen der Unternehmer Jahr für Jahr eine Lohnanhebung erreicht und ist inzwischen anerkannter Gesprächspartner bei der Diskussion um die jährliche Lohnanpassung. Das sind nur Zwischenschritte. Es sind aber auch Erfolge, die noch vor wenigen Jahren undenkbar schienen. Sie sind nur möglich geworden dank einer starken Basis aktiver Beschäftigter, die über ihre Rechte Bescheid wissen und bereit sind, für deren Umsetzung einzutreten.



Bild). Für die Beschäftigten organisiert die Gewerkschaft Veranstaltungen, auf denen diese über ihre Rechte und die BOI-Löhne informiert werden. Anfang 2010 konnte sie mit Unterstützung der

